



Einfach machen!

Neue Finanzierung des Jobcenters stärkt den Bezirk

Bezirkliche Zielstellungen werden von Lichtenberg schon seit Jahren gemeinsam mit dem Jobcenter umgesetzt. Die Leistungsbilanz des Lichtenberger Jobcenters zeigt dabei berlinweit Spitzenwerte, die in erster Linie der engagierten Arbeit der Kolleg*innen vor Ort zu verdanken sind.

Der Bezirk profitiert nicht zuletzt finanziell von dieser Arbeit. Erstmals wird 2021 der kommunale Finanzierungsanteil des Jobcenters, der eigentlich durch das Land Berlin getragen wird, um 70.000 Euro aus dem Bezirkshaushalt erhöht.

Was möchte ich damit erreichen?

Zunächst will ich die Betreuung von Erziehenden unter anderem während der Elternzeit und die Unterstützung Alleinerziehender verstetigen. Durch die Mehrfachbelastung als Familien benötigen sie zusätzliche Bestärkung.

Daneben soll das Thema Gesundheitsberatung im Kontext der Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung endlich einen angemessenen Stellenwert erhalten. Mit der Einstellung von zwei Gesundheitsberater*innen im Jobcenter wird zukünftig auch auf die deutliche Zunahme psychischer Erkrankungen wie beispielsweise Depression reagiert.

Außerdem möchte ich, dass Menschen mit einer Schwerbehinderung, Rehabilitant*innen und auch die Gruppe der Schutzsuchenden mehr Unterstützung erfahren.

Es mag durchaus Bezirke geben, die diesen Schritt mit Skepsis betrachten und auf die Finanzierungsverantwortung des Landes verweisen. Ich aber sehe die Chancen im Interesse der Lichtenberger*innen.

Liebe Lichtenbergerinnen und Lichtenberger,

der Winter ist in unserem Bezirk angekommen und vom Rathaus aus kann ich auf einen neu aufgestellten Gabenzaun im Rathauspark blicken. Ich freue mich, dass er bereits gut angenommen wird. Bestücken auch Sie ihn gern mit Spenden in Tüten, um kontaktlos Kleidung, haltbare Nahrungsmittel oder Hygieneartikel zu übergeben. Eine genaue Anleitung hängt am Zaun.

Ihr Kevin Hönicke



Beratungsstelle Berufskrankheiten

Ist es eine Berufskrankheit - ja oder nein?

Der § 9 SGB VII schreibt u. a. fest, dass Betroffene in ihrer Tätigkeit "in erheblich höherem Maß als die übrige Bevölkerung" der Gefahr der Erkrankung ausgesetzt sein müssen. Verfahren zur Anerkennung, sind oft langwierig, strittig und werfen in Zeiten der Pandemie noch offene Fragen auf. Umso erfreulicher ist es, dass es in Berlin seit Frühjahr 2020 eine Beratungsstelle für Berufskrankheiten gibt. Betroffene erhalten [hier](#) Unterstützung von drei Mitarbeiter*innen. Nutzen Sie gerne die Möglichkeit.

Schutz der Frankfurter Allee Süd

In der Großsiedlung Frankfurter Allee Süd wurde vom Bezirksamt ein neuer Bebauungsplan aufgestellt. Er sichert das Wohngebiet, die Verkehrsflächen und öffentlichen Wegverbindungen. Damit wird er vor der Bebauung der Innenhöfe schützen.

Mit der anhaltenden Nachfrage nach Wohnraum im Bezirk stehen nun vor allem unbebaute Flächen für ergänzendes Bauen im Fokus. Dadurch wird die Großsiedlung Frankfurter Allee Süd als mögliches Gebiet der „Nachverdichtung“ interessant. Dieses Wohngebiet war in den vergangenen Jahren bereits Gegenstand umfangreicher Maßnahmen und Planungen zur Aufwertung der Wohngebäude und Neu- und Umgestaltung des Wohnumfeldes.

Mir ist wichtig, die Lebensqualität im Kiez zu erhalten. Dafür steht der Bebauungsplan Schulze-Boysen-Straße.

Bezirksstadtrat Kevin Hönicke

Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

Telefon: 030 90296-8000, Telefax: 030 90296-8009

Homepage <http://kevin-hoenicke.de/>

Nächste Sprechstunde: 24.02.2021, 16.00 - 17.00 Uhr

Falls Sie den Newsletter nicht weiter erhalten möchten, schreiben Sie eine E-Mail an:

Kevin.hoenicke@lichtenberg.berlin.de

Für die Inhalte der verlinkten Seiten übernehme ich keine Haftung.

Neues Logo für das Jobcenter

Die 40. Trägerversammlung hat dem Jobcenter Lichtenberg ein neues Logo gegeben:



Vorsorge für Senior*innen

Den Satz „Vorsorge ist besser als Nachsorge“ kennen wir alle. Für die Senior*innen im Bezirk nehmen wir das jetzt wörtlich: In Neu-Hohenschönhausen startet die Probe eines Projekts für präventive Hausbesuche bei älteren Menschen.

Wir haben bereits eine große Anzahl an Angeboten für Teilhabe und Gesundheit Älterer, aber um wirken zu können müssen die Menschen diese Hilfen kennen. Diese neue Art der Arbeit geht nun aktiv auf Sie zu und bietet Orientierung dabei die richtigen zu finden. Außerdem kann der Bezirk so mehr darüber erfahren, was gebraucht wird und gezielt nützliche Hilfen fördern.

Außer Lichtenberg bietet nur Charlottenburg-Wilmersdorf derzeit das selbe Projekt an. Nach dieser ersten Phase werden die Ergebnisse verglichen und das Projekt eventuell auf Berlin angewendet. Ich bin stolz als Bezirksstadtrat hier voran zu gehen!



Meine persönliche Erklärung zur Evakuierung am 5. Februar 2021

Seit Freitag dem 5. Februar bin ich rund um die Uhr mit der Rummelsburger Bucht befasst. Aber auch in den Tagen davor waren die Anfragen enorm und die Berichterstattung nahm zu. Wunsch war immer wieder, Menschen dort nicht alleine zu lassen und zu helfen. Für meine Entscheidungen bezüglich dem Schutz von Menschen vor anstehender extremer Kälte am 5. Februar habe ich bisher Kritik, aber auch viel Zustimmung erfahren.

Ich nehme wahr, dass sich ein Groß der Zustimmung der Geschehnisse vom Freitag auf das von der Senatsverwaltung ermöglichte Angebot einer niedrigschwelligen Unterbringung bezieht. Dem Ziel regulär mehr davon zu schaffen, Projekte wie Common Places, Housing First und 24/7-Unterkünfte, habe ich mich schon lange angeschlossen und werde weiter alle Möglichkeiten dazu nutzen, wo sie mir offenstehen. Den Problemen der Obdachlosigkeit zu begegnen, bestimmt mein Handeln und ist gemeinsames Thema in dieser Stadt.

Das europäische Parlament will Obdachlosigkeit bis 2030 beenden. Ich werde hierbei anpacken. Es ist aber auch klar, dass das Thema Obdachlosigkeit nicht in einem Bezirk alleine geklärt werden kann und wohnungslose Menschen sich dynamisch bewegen. Nur, wenn die Stadt geschlossen handelt und sich gegenseitig unterstützt, können wir das Ziel erreichen. Es braucht dazu ein engagiertes und ehrliches Vorgehen.

Daher stand und steht für mich fest: Nicht zu Handeln war am Wochenende keine Option. Ich danke vor allem den Sozialarbeiter*innen dafür, dass sie mit den Menschen vor und während des Wochenendes intensiv gesprochen haben. Ich danke der Senatsverwaltung für den engen Austausch am Freitag und die gegenseitige Begleitung und ich danke dem DRK, dem THW, der BVG, der Polizei und Feuerwehr für die Unterstützung vor Ort.

Wenn es bei der Sicherung der Fläche zu Beschädigungen kam, in der Zeit von Freitag bis Samstagmittag, war das nie im Sinne unseres Zieles

und wir stehen bereit, hier Entschädigungen zu prüfen. Die Zusage, dass Eigentum geschützt und zugänglich bleibt, hatte ich vor Ort von der Vertreterin der Eigentümerin erwirken können, worauf mich auch die Proteste am Vormittag aufmerksam gemacht hatten. Dafür danke ich ausdrücklich.

Als Mitglied des Bezirksamts setze ich geltendes Recht als Teil einer Exekutiven um und habe mein Dienst zum Schutz der Menschen auszuführen. Ich möchte Politik gestalten, um als Bezirksstadtrat in Zukunft nicht mehr vor der Entscheidung zwischen zwei schlechten Optionen zu stehen, sondern Hilfe zu etablieren, die die alle Betroffenen annehmen möchten. Als Parteimitglied der SPD gestalte ich deshalb eine Debatte darum, wie diese Gesetzgebung dem Gemeinwohl der Stadt besser dienen kann, aktiv mit.

In diese Debatte müssen die Schwächsten der Gesellschaft miteinbezogen werden. So wie ich es bereits in den vergangenen Wochen und in der Nacht am 5. Februar gemacht habe, werde ich dazu weiterhin mit sozialen Trägern und Betroffenen sprechen. Ich weiß auch, dass diese Situation für soziale Träger und ihre Mitarbeitenden eine schwierige ist, weil sie ihre Überzeugungen berührt.

Ich bin weiterhin überzeugt auch als Politiker Haltung zu zeigen und Entscheidungen zu treffen. Das erwarten Menschen zu recht von Politikerinnen und Politikern. Für diese Entscheidungen kann man mich kritisieren oder unterstützen, ich stelle mich den Diskussionen. So habe ich es Freitag und Samstag über viele Stunden vor Ort gemacht. Den Diskurs scheue ich nicht, weil ich die Hoffnung damit verbinde, dass wir unsere Stadt voranbringen und sozialer machen.

Kevin Hönicke